

ten. Ein ähnliches Verfahren stand denn auch hier zunächst in Frage und es ist auch wirklich in dieser Weise vorgegangen worden, wo sich ein Bedürfnis zeigte. Nur konnte man sich bei alledem der Wahrheit nicht verschließen, daß die sogenannte Baumwollenkrisis einen von allen frühern Nothständen, welche innerhalb der letzten 15 bis 20 Jahre nach einander die Fürsorge der Regierung in Anspruch genommen hatten, wesentlich verschiedenen Charakter an sich trage. Bei jenen hatte man es stets mit natürlichen Ereignissen, waren es nun Missernten, Handelsconjuncturen, politische Verwickelungen, kurz mit Veranlassungen zu thun gehabt, die mehr oder weniger vorübergehender Natur waren und wo man mit Sicherheit darauf rechnen konnte, daß über lang oder kurz ein Umschwung der Dinge eintreten und der normale Lauf der Verhältnisse sich wieder herstellen werde. Dieser Hoffnung durfte man sich in diesem Falle bei der Baumwollencconjunctur nicht hingeben; denn hier lag der Grund der Krisis nicht in natürlichen Ereignissen, sondern in einer geradezu unnatürlichen Verkettung der Verhältnisse. Der Fall, daß einem Industriezweige von solcher Umfänglichkeit, wie die Baumwollenmanufactur es auch in unserem Lande ist, auf einmal der Rohstoff, mit dem sie arbeitet und an den sie ausschließlich gewiesen ist, entzogen worden wäre und zwar entzogen worden wäre nicht durch eine natürliche Ursache, sondern durch ein willkürliches und gewaltsames Eingreifen entfesselter Leidenschaften in die natürlichen Produktionsverhältnisse, ist bisher meines Wissens noch nicht dagewesen. Es ließ sich daher auch leicht abnehmen, daß, um der Rückwirkung des Ereignisses auf den Nahrungsstand der arbeitenden Bevölkerung Schranken zu setzen, mit den gewöhnlichen Mitteln nicht auszureichen sein werde, daß es vielmehr darauf ankäme, das Uebel an der Wurzel anzugreifen, und hier bot sich als der beste, ja voraussehtlich allein zum Ziele führende Ausweg dar, die Baumwollenmanufactur nach und nach überzuführen auf die Verarbeitung anderer Rohstoffe von inländischer oder doch europäischer Erzeugung. Das war die Ansicht, die bei der Regierung unter der Pression der damaligen Verhältnisse Geltung gewann und hier begegnete ihr nicht unerwünschter Weise der Antrag der Besitzer der mechanischen Weberei in Auerhammer, indem diese, von derselben Ansicht ausgehend, selbst zu dem Entschlusse gekommen waren, ihre Fabrik nach und nach auf wollene und halbwollene Artikel einzurichten. Sie erklärten aber und aus Gründen, denen wohl Glauben geschenkt werden durfte, daß sie dazu im Augenblicke nicht im Stande wären, daß sie sich für die Ausführung einen beliebigen längeren Zeitraum offen halten müßten und ihnen einstweilen Nichts übrig bleiben würde, als ihren Fabrikbetrieb noch mehr zu reduciren, als es schon der Fall gewesen sei, wo nicht, ihn schon in nächster Zeit gänzlich einzustellen, während sie unter der Voraussetzung eines ihnen zu gewährenden

zinsfreien Vorschusses von der angegebenen Höhe sich bereit erklärten, die Umgestaltung ihres Etablissements sofort und mit größter Energie in Angriff zu nehmen. Eine Eventualität hätte nur einen bei der Größe und Bedeutsamkeit des fraglichen Unternehmens für die betreffenden Orte und die betheiligte Fabrikbevölkerung sehr bedenklichen Zustand der Nahrungslosigkeit herbeigeführt, der gegenüber auch die Regierung sich nicht würde haben passiv und theilnahmelos verhalten können. Man hatte hier in Aussicht, daß, wenn diese Conjunctur eintreten sollte, Unterstützungsmaßregeln von größerer oder geringerer Bedeutung würden eintreten müssen und es war daher der doppelte Zweck, einmal diese extraordinären Unterstützungsmaßregeln zu vermeiden, die Bevölkerung in ihrem Nahrungsstande ungestört zu erhalten, vielleicht noch mehr Arbeitskräfte aus den nothleidenden Branchen herüberzuziehen; zugleich aber auch andere Unternehmer durch ein gegebenes Beispiel, durch ein thatsächliches Vorgehen in größerem Maßstabe auf den Weg hinzuweisen, auf den die Baumwollenmanufactur mehr und mehr hingewiesen und hinübergeleitet werden mußte, welchen die Regierung bei ihrer Entschliebung ins Auge zu fassen hatte. Dieser Zweck wurde aber durch das Erbieten der Fabrikanten Breslauer, Meyer und Co. in Auerhammer unverkennbar wesentlich gefördert und zwar in einer Weise gefördert, daß die Regierung nicht geglaubt hat, das daran geknüpfte Vorschußgesuch unbeachtet lassen zu dürfen. Das war der Grund und der alleinige Grund, wie es auch in der Beilage zu dem Decrete auseinandergesetzt ist, welcher überhaupt Veranlassung gab, daß nach vorgängiger Berathung im Gesamtministerium beschloffen wurde, auf das Vorschußgesuch einzugehen. Es war allerdings die Genehmigung der Regierung ursprünglich an die Gewährung einer 4procentigen Verzinsung des Vorschußkapitals geknüpft und es sind die Petenten in dieser Weise beschieden worden. Da sie aber die bestimmte Erklärung abgaben, wie sie der geehrten Kammer vorliegt, daß ihnen mit einem anderen, als einem während der ersten Periode zinsfreien Vorschusse nicht gedient sein könne, weil sie außerdem wohl in der Lage sein würden, durch eigenen Credit die nöthigen Mittel zu erlangen, und gerade deshalb eine zinsfreie Gewährung vorangestellt hätten, weil sie nur darin einen Antrieb finden könnten, ihr Vorhaben sofort auszuführen, und eine Entschädigung für die Opfer, die mit einer solchen Umgestaltung eines großartigen Fabrikbetriebes nothwendig verbunden sein müssen, so hat dies die Folge gehabt, daß von der bedungenen Verzinsung schließlich für die ersten fünf Jahre Abstand genommen worden ist. Das ist nun wohl auch der Punkt, welcher bei der geehrten Deputation, wie bei der Mehrzahl der geehrten Sprecher besonders Bedenken hervorgerufen hat. Man fragt, wie hat die Regierung sich entschließen können, auf diese Forderung einzu-